



Nr. 22

12. Juni 2026

Friedrichstraße 169  
10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur  
Michael Eufinger

Telefon +49 (30) 4081-5570  
Telefax +49 (30) 4081-5599  
presse@dbb.de  
www.dbb.de

## Inhalt

Zukunftskongress Staat & Verwaltung

[Pauschale Stelleneinsparungen zerstören Vertrauen](#)

77 Jahre dbb rheinland-pfalz

[Geyer: Berufsbeamtentum ist tragende Säule des Rechtsstaats](#)

Anhörung Pflegereform

[Einseitige Belastungen untergraben Vertrauen in die Politik](#)

Deutscher Anwaltstag

[Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz](#)

Fünf Jahre Bundespersonalvertretungsgesetz

[Jetzt die Mitbestimmung konsequent weiterentwickeln](#)

dbb senioren

[Gewalt im Alter sichtbar machen und bekämpfen](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Hamburg

[Gesetzentwurf zur Besoldung „völlig unzureichend“](#)

Mecklenburg-Vorpommern

[Knecht in Rostock: „Beschäftigte sind nicht die Sparbüchse der Stadt“](#)

Deutscher Philologenverband (DPhV)

[Umfrage: Jede zweite Lehrkraft unsicher bei Social-Media-Herausforderungen](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Sozialpolitik: Debatte um generationengerechten Sozialstaat](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

---

## Zukunftskongress Staat & Verwaltung Pauschale Stelleneinsparungen zerstören Vertrauen

**Es ist richtig, dass Bund und Länder die Staatsmodernisierung inzwischen zur Priorität erklärt haben. Die Beschäftigten nur als Kostenfaktor sehen, ist aber falsch.**

„Wir sehen es kritisch, wenn die Modernisierungsgagenden von Bund und Ländern einen starken Fokus auf Einsparungen und Personalabbau legen“, betonte dbb-Chef Volker Geyer am 9. Juni 2026 auf dem Zukunftskongress Staat & Verwaltung in Berlin. Zwar unterstütze der dbb ausdrücklich, dass der Staat leistungsfähiger, digitaler und handlungsfähiger werden müsse. „Aber die Staatsmodernisierung wird nur mit einem modernen und leistungsfähigen öffentlichen Dienst gelingen.“

Denn: „Ein zukunftsfähiger Staat erfordert nicht nur moderne Technologien und den Abbau von überflüssiger Bürokratie. Entscheidend sind die Menschen, die diesen Wandel tragen: Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.“ Sie seien es, die Gesetze umsetzen, Sicherheit gewähr-

leisten, Bildung ermöglichen, Infrastruktur sichern und damit letztlich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat festigen.

Pauschale Stelleneinsparungen seien daher das falsche Signal, machte Geyer klar: „Sie schaffen kein Vertrauen, sie zerstören es! Die Kopplung von Modernisierung an harte Sparziele unterminiert zudem Innovation, erhöht den Druck auf die Beschäftigten und mindert Veränderungsakzeptanz.“

Viel zu häufig werden die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nur als Kostenfaktoren gesehen. „Das ist grundlegend falsch“, widersprach der dbb-Chef. „Sie sind die wichtigste Ressource des Staates und der Schlüssel für eine zukunftsfähige Verwaltung.“ Wer den Staat modernisieren will, müsse in seine Beschäftigten investieren.

## 77 Jahre dbb rheinland-pfalz Geyer: Berufsbeamtentum ist tragende Säule des Rechtsstaats

**Eine unabhängige und verlässliche Verwaltung schützt die Demokratie. In der öffentlichen Debatte muss das endlich sichtbar werden.**

„Wir erleben gerade eine Debatte, die ausblendet, dass der öffentliche Dienst und insbesondere das Berufsbeamtentum eine tragende Säule unseres demokratischen Rechtsstaats sind“, sagte der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer am 11. Juni 2026 auf der Feier zum 77-jährigen Bestehen des dbb rheinland-pfalz. Dass die öffentliche Diskussion sich stattdessen auf angebliche Privilegien der Beamtinnen und Beamten fokussiert, kritisierte Geyer deutlich: „Ich kann dieses Gerede nicht mehr hören. Alle reden nur über die angeblichen Vorteile des Berufsbeamtentums, aber niemand über die damit verbundenen Pflichten und seine rechtsstaatliche Funktion.“

Dabei zeige der Blick nach Sachsen-Anhalt, wie wichtig gerade jetzt eine neutrale und verlässliche Verwaltung sei. „Wenn die AfD dort ankündigt, nach einem Wahlsieg zahlreiche Stellen in der Landesverwaltung neu zu besetzen, ist das kein normaler politischer Wechsel“,

warnte Geyer. „Beamtinnen und Beamte, die der Verfassung, dem Gesetz und dem Gemeinwohl verpflichtet sind, schützen den Staat davor, Instrument einzelner politischer Interessen zu werden.“

Zu seinem 77-jährigen Bestehen gratulierte Volker Geyer dem dbb Landesbund in Rheinland-Pfalz im Namen der gesamten dbb-Bundesleitung: „Der dbb rheinland-pfalz ist seit 77 Jahren stark, weil Menschen bereit waren, für ihre Kolleginnen und Kollegen und den öffentlichen Dienst Verantwortung zu übernehmen.“ Er bedankte sich bei allen, die den dbb rheinland-pfalz durch ihr Engagement als Landesbund mit aufgebaut und geprägt haben. „Mein besonderer Dank gilt aber dir, liebe Lilli Lenz“, so Geyer. „Als Landesvorsitzende prägst und trägst du den dbb, nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch auf Bundesebene. Dieser unermüdliche Einsatz verdient den allergrößten Respekt!“

---

„77 Jahre und kein bisschen leise – wir nehmen die Energie des Wandels mit und bleiben dran im Sinne unserer Mitgliedschaft, damit es dem öffentlichen Dienst gutgeht und in der Folge allen Menschen in Rheinland-Pfalz!“ Mit diesen Worten bekräftigte die dbb Landesvorsitzende Lilli Lenz die gesellschaftliche Rolle

des dbb –rheinland-pfalz. „Der öffentliche Dienst garantiert Demokratie. Und der dbb rheinland-pfalz wird auch zukünftig kräftig daran mitarbeiten, dass die Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst passen!“

## Anhörung Pflegereform

### **Einseitige Belastungen untergraben Vertrauen in die Politik**

**In der Anhörung im Bundesgesundheitsministerium kritisierte der dbb den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Pflegeversicherung (PNOG) scharf.**

Aus Sicht des dbb drohen gravierende Einschnitte zulasten der Pflegebedürftigen, der Beschäftigten in der Pflege sowie vor allem der pflegenden Angehörigen. Der dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer warnte am 11. Juni 2026, dass die Reform ihre Zielsetzung verfehlt: „Dieser Gesetzentwurf ist alles andere als ausgewogen. Genau wie beim GKV-Sparpaket versucht man, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und nahezu ausschließlich diejenigen in unserer Gesellschaft zu belasten, von denen am wenigsten Gegenwehr zu erwarten ist – Pflegebedürftige und ihren Angehörigen.“

Wer so Politik mache, gefährde die Akzeptanz des Sozialstaats und treibe die Menschen in die Politikverdrossenheit. Geyer sagt deshalb mit aller Deutlichkeit: „Diese Reform ist mit uns nicht zu machen.“

Besonders kritisch bewerte der dbb die geplante Aussetzung der Tariftreue in der Altenpflege. Pflegeeinrichtungen sollen künftig wieder ohne tarifliche Bindung mit den Kassen abrechnen können. „Die Aussetzung der Tariftreue ist ein fatales Signal. Sie öffnet Lohndumping Tür und Tor und ist ein Affront gegen die Beschäftigten in der Pflege“, kritisierte der dbb-Chef. „Statt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, werden Errungenschaften der letzten Jahre zurückgedreht.“

Geyer weiter: „Wer ernsthaft glaubt, man könne die Pflege zukunftsfest machen, indem man beim Personal spart, hat die Realität völlig aus dem Blick verloren. Das wird den Fachkräftemangel weiter verschärfen und gefährdet die Versorgungssicherheit.“

Der dbb lehnt es außerdem ab, dass die Pflegeversicherung auf Kosten der pflegenden Angehörigen konsolidiert werden soll. Diese leisten bereits heute den größten Teil der Versorgung. „Hier wird an der tragenden Säule unseres Pflegesystems gespart. 86 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt – und zwar überwiegend von Angehörigen. Wer diese Menschen zusätzlich belastet, riskiert den Kollaps der Versorgung“, so Geyer.

Die geplanten Maßnahmen – vom Wegfall flexibler Leistungen bis hin zu finanziellen Kürzungen – setzten genau an der falschen Stelle an und verschärften die bestehenden Probleme, so der dbb.

Darüber hinaus bemängelte der dbb, dass der Gesetzentwurf keine tragfähige und ausgewogene Finanzierung sicherstellt. Statt einer fairen Verteilung der Lasten würden einseitig Beitragszahlerinnen und -zahler sowie Pflegebedürftige und deren Angehörige belastet, während sich der Staat weiter zurückzieht.

Milanie Kreutz, stv. dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, kritisierte insbesondere die vorgesehene Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge für pflegende Angehörige um 30 Prozent. Hiervon seien Frauen besonders betroffen, weil sie den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit leisten. „Die vorgesehenen Kürzungen verschärfen bestehende Ungleichheiten und treiben viele Frauen direkt in die Altersarmut. Pflege darf jedoch nicht zum Armutsrisiko werden.“

Eine zukunftsfähige Reform müsse die soziale Absicherung stärken – nicht schwächen, so Kreutz. „Diese Kürzung ist ein sozialpolitischer Rückschritt mit Ansage. Pflegende Angehörige

---

tragen schon heute die Hauptlast der Versorgung – und sollen nun auch noch bei der Alterssicherung bestraft werden. Das ist unredlich und falsch.“

## Deutscher Amtsanwaltstag

### Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz

**Die Politik muss aktuell viele Herausforderungen gleichzeitig bewältigen. Trotzdem hat sie den öffentlichen Dienst und das Beamtentum zu stärken, um handlungsfähig zu bleiben.**

„Die hohe Qualität der Justiz lässt sich nur erhalten, indem der Rechtsstaat durch einen Dreiklang aus mehr Personal, einer besseren technischen Ausstattung und einem effizienten Verfahrensrecht nachhaltig gestärkt wird. Ein starker Rechtsstaat braucht eine starke Justiz“, betonte Heini Schmitt, stellv. dbb-Bundesvorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, auf dem Deutschen Amtsanwaltstag am 12. Juni 2026 in Hannover.

Dazu gehöre auch ein klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum. „Wir brauchen keine Diskussionen, wie sie vor einem Jahr aus dem Nichts losgetreten wurden. Eine Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung ist ein Angriff auf die Grundprinzipien des Berufsbeamtentums und völlig indiskutabel“, machte Schmitt klar. Mit solchen Überlegungen gewinne man nicht das Vertrauen der jungen Kolleginnen und Kollegen, die jetzt ihre Karriere als Beamtinnen und Beamte starten.

Der dbb-Vize forderte daher von allen Beteiligten in der Politik, die verfassungsrechtlichen Vorgaben zu beachten. „Außerdem würde eine Einbeziehung der Beamten in die Rentenversicherung auch keine Entlastung für die Haushalte bringen. Vielmehr würden erhebliche zusätzliche Kosten entstehen.“ Es sei dringend nötig, weg vom Populismus, hin zu einer faktenbasierten Debatte zu kommen.

Natürlich müsse die Politik derzeit mit großen Herausforderungen umgehen, die aber auch das Ergebnis der Versäumnisse vergangener Jahre seien, gab Schmitt zu bedenken. „Aber Eines sollte klar und eindeutig sein: Ohne einen gut aufgestellten öffentlichen Dienst, ohne ein starkes Berufsbeamtentum, lässt sich die Handlungsfähigkeit des Staates nicht wieder stärken und damit auch die Zukunft nicht wirkungsvoll gestalten.“

## Fünf Jahre Bundespersonalvertretungsgesetz

### Jetzt die Mitbestimmung konsequent weiterentwickeln

**Fünf Jahre nach Inkrafttreten des novellierten Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) zieht der dbb eine kritische Bilanz.**

„Die Reform von 2021 war ein wichtiger erster Schritt. Doch sie ist bis heute unvollendet“, machte Milanie Kreutz, stellv. dbb-Bundesvorsitzende und Vorsitzende der Grundsatzkommission Mitbestimmung im dbb, am 9. Juni 2026 in Berlin klar. Angesichts wachsender Herausforderungen im öffentlichen Dienst forderte sie die Politik mit Nachdruck auf, die überfällige Weiterentwicklung endlich anzugehen.

Konkret forderte Kreutz, dass Personalvertretungen mit ausreichenden zeitlichen und personellen Kapazitäten ausgestattet werden

müssen, damit qualifizierte Mitbestimmung nicht zur Zusatzbelastung wird und berufliche Entwicklung ohne Nachteile möglich bleibt.

Auch die Qualifizierung von Personalratsmitgliedern müsse systematisch gestärkt werden. „Dazu zählen umfassende, vielfältige Lernformate und erweiterte Schulungszeiten, damit Personalräte auf Augenhöhe mit der Dienststellenleitung agieren können. Eine moderne Verwaltung braucht Personalräte, die ihre Aufgaben wirksam und ohne strukturelle Benachteiligung wahrnehmen können“, erklärte die dbb-Vize.

„Mitbestimmung muss frühzeitig, umfassend und auf allen Ebenen gewährleistet sein, insbesondere bei Pilotprojekten, ressortübergreifenden Vorhaben und neuen Entscheidungsstrukturen“, betonte Kreutz. Nur so bleiben demokratische Legitimation und Beschäftigteninteressen gesichert.

Kreutz weiter: „Digitalisierung, neue Arbeitsformen und komplexere Steuerungsstrukturen erfordern erweiterte, klar definierte und nicht restriktiv ausgelegte Mitbestimmungsrechte, die die Beschäftigten stärken statt ausbremsen.“ Außerdem müssen Personalvertretungen verbindlich in Krisenstäbe eingebunden werden, um Akzeptanz, Praxistauglichkeit und

Handlungsfähigkeit der Verwaltung in Ausnahmefällen zu stärken. „Personalvertretungen brauchen klare politische Verantwortung.“ Vor fünf Jahren wurden im Gesetzgebungsverfahren zahlreiche zentrale Problemfelder bewusst ausgeklammert, um eine politische Einigung zu ermöglichen. Seitdem jedoch ist eine substanzielle Fortentwicklung ausgeblieben, obwohl sich die Arbeitswelt im öffentlichen Dienst rasant verändert.

„Deshalb ist es nun an der Zeit, den angekündigten nächsten Schritt endlich zu gehen. Wer einen leistungsfähigen, modernen und krisenfesten öffentlichen Dienst will, muss die Mitbestimmung stärken“, unterstrich Kreutz. „Ohne starke Personalvertretungen gibt es keine nachhaltige Modernisierung des Staates“

dbb senioren

## Gewalt im Alter sichtbar machen und bekämpfen

**Gewalt gegen ältere Menschen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die dbb bundesseniorenvertretung fordert den Ausbau wirksamer Schutzstrukturen.**

„Viele ältere Menschen verschweigen ihre Gewalterfahrungen aus Scham, Angst oder Abhängigkeit. Das macht deutlich: Wir müssen Strukturen schaffen, die Schutz bieten und Vertrauen ermöglichen“, erklärte der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Horst Günther Klitzing, aus Anlass des Internationalen Tages gegen die Misshandlung älterer Menschen am 15. Juni 2026. „Gewalt im Alter darf nicht tabuisiert werden. Sie betrifft die Grundrechte von Menschen und fordert unser entschiedenes Handeln.“

Die dbb bundesseniorenvertretung fordert, Gewalt im Alter konsequent sichtbar zu machen und wirksam zu bekämpfen. Das Recht auf ein Leben in Würde, Sicherheit und Selbstbestimmung darf weder im privaten noch im öffentlichen Raum eingeschränkt werden.

Gewalt gegen ältere Menschen ist keine Randerscheinung, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Sie tritt in unterschiedlichen Formen auf: körperliche Übergriffe, psychische Gewalt wie Demütigungen und Einschüchterungen, finanzielle Ausbeutung sowie Vernachlässigung oder entwürdigende Behandlung – auch in Pflege- und Betreuungssituationen. Besonders gefährdet sind Menschen, die auf Unterstützung angewiesen oder sozial isoliert sind.

„Abhängigkeit von nahestehenden Personen und die Sorge, niemand werde ihnen glauben, führen häufig genug dazu, dass Gewalterfahrungen verborgen bleiben“, betonte Klitzing. „Wer in seiner Mobilität eingeschränkt, auf Pflege angewiesen ist oder isoliert lebt, hat kaum Möglichkeiten, Hilfe zu holen oder sich einer belastenden Situation zu entziehen.“

Die dbb bundesseniorenvertretung fordert deshalb mehr Aufmerksamkeit im Alltag, bessere Aufklärung über Warnsignale und niedrigschwellige, verlässliche Hilfsangebote. Notwendig sind wirksame Schutzstrukturen für Betroffene, eine stärkere Unterstützung pflegender Angehöriger, qualifizierte Ansprechstellen sowie eine gesellschaftliche Kultur des Hinschauens anstatt des Wegsehens. Horst Günther Klitzing: „Ältere Menschen haben das Recht auf ein Leben in Sicherheit, Würde und Respekt – dieses Recht gilt es überall und jederzeit zu schützen. Eine altersgerechte Gesellschaft misst sich daran, wie sie mit ihren verletzlichsten Mitgliedern umgeht.“ Gewalt im Alter zu verhindern, sei Voraussetzung für echte Teilhabe und soziale Sicherheit im Alter.

Hintergrund: Der Internationale Tag gegen die Misshandlung älterer Menschen (World Elder Abuse Awareness Day) findet jedes Jahr am

15. Juni statt. Er wurde von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen, um auf Gewalt, Ver-

nachlässigung und Ausbeutung älterer Menschen aufmerksam zu machen und für Präventionsmaßnahmen zu sensibilisieren.

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

Hamburg

### **Gesetzentwurf zur Besoldung „völlig unzureichend“**

**Der Senat hat am 9. Juni 2026 das Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2026-2028 beschlossen und den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur beamtenrechtlichen Beteiligung übersandt. Nach erster Durchsicht steht für den dbb hamburg bereits fest: Der Entwurf ist bezogen auf die Herstellung der „amtsangemessenen Alimentation“ völlig unzureichend.**

Der dbb hamburg begrüßt grundsätzlich die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) auf die Beamtinnen und Beamten inklusive der Übernahme der sogenannten Hamburg-Zulage in den entsprechenden Bereichen.

Für die Herstellung einer amtsangemessenen Alimentation sei der Entwurf jedoch völlig unzureichend und bedeute eine weitere herbe Enttäuschung für die Kolleginnen und Kollegen.

„Wir kritisieren, dass der Senat bei der Berechnung der Mindestalimentation weiter am Partnereinkommen festhält, das wir nach wie vor als verfassungswidrig ansehen. Dieses Instrument will der Senat jetzt sogar rückwirkend bis in das Jahr 2007 anwenden. Dafür bietet der Senat bei den (Nach-)Zahlungen nur Teillösungen für einige wenige Jahre an (2011-2012 und ab 2025). Aufgrund der Berücksichtigung des Partnereinkommens bis zurück ins Jahr 2007, sind dadurch die zu erwartenden Nachzahlungen sehr gering“, sagte dbb-Landeschef Thomas Treff.

Die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger würden mit dem Gesetzentwurf strukturell von der Besoldung abgehängt, das Prinzip „Versorgung folgt Besoldung“ werde auf Dauer verlassen. Damit stelle der Senat ein tragendes beamtenrechtliches Grundprinzip in Frage und sendet das fatale Signal: Wer viele Jahre diesem Staat gedient hat, spielt im Ruhestand bei der Beseitigung verfassungswidriger Zustände nur noch eine Nebenrolle.

„Der dbb hamburg weist den vorgelegten Entwurf zur Herstellung einer amtsangemessenen Alimentation in Hamburg mit Nachdruck als unzureichend zurück. Dieser Entwurf ist nicht dazu geeignet, Rechtsfrieden und Rechtssicherheit herzustellen“, so Treff. „Wir hatten darauf gesetzt, dass mit diesem Gesetzentwurf das tief erschütterte Vertrauen unserer verbeamteten Kolleginnen und Kollegen endlich wiederhergestellt wird und wir einen klaren Schlussstrich unter dieses 15-jährige Kapitel „amtsangemessene Alimentation“ ziehen können. Wieder einmal wurde diese Chance vertan.“

## Mecklenburg-Vorpommern

### **Knecht in Rostock: „Beschäftigte sind nicht die Sparbüchse der Stadt“**

**Vor mehr als 1.500 Beschäftigten der Hanse- und Universitätsstadt Rostock haben, der dbb M-V und die komba gewerkschaft M-V auf der Personalversammlung am 8. Juni in der Rostocker Stadthalle vor Personalabbau, Nachbesetzungssperren und tarifpolitischen Sonderwegen gewarnt.**

Sie forderten verlässliche Rahmenbedingungen, ausreichendes Personal und eine starke Tarifbindung statt Einsparungen zulasten der Beschäftigten. Vor mehr als 1.500 Teilnehmenden machte der Landesvorsitzende des dbb M-V, Dietmar Knecht, deutlich: Eine leistungsfähige Stadtverwaltung brauche motivierte Beschäftigte, verlässliche Arbeitsbedingungen und ausreichende personelle Ausstattung.

„Die Leistungsfähigkeit einer Stadt misst sich nicht an Gebäuden oder Organigrammen – sie misst sich an den Menschen, die ihren Dienst leisten“, sagte Knecht. Beschäftigte sorgten täglich dafür, dass Verwaltung funktioniere, Kitas geöffnet blieben, Infrastruktur erhalten werde und Bürgerinnen und Bürger verlässliche Ansprechpartner hätten.

Mit Sorge betrachten die Gewerkschaften die Auswirkungen der öffentlichen Debatte über die finanzielle Lage der Stadt. Wer aus Medienberichten oder politischen Diskussionen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einer Kommune oder an der Sicherheit der Gehaltszahlungen wahrnehme, verliere Vertrauen in die Verlässlichkeit des Arbeitgebers.

Knecht stellte klar: „Beschäftigte dürfen nicht zu den ersten Leidtragenden finanzpolitischer Debatten werden. Die Gehaltszahlung ist keine freiwillige Leistung, sondern Ausdruck eines gegenseitigen Vertrauensverhältnisses.“

Kritisch sehen dbb und komba m-v insbesondere Forderungen nach pauschalen Nachbesetzungssperren, Stellenkürzungen oder tarifpolitischen Abweichungen vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Bereits heute arbeiteten viele Bereiche der Verwaltung unter hoher Belastung, offene Stellen blieben über längere Zeit unbesetzt und die Gewinnung von Fachkräften werde zunehmend schwieriger. „Wer unter diesen Bedingungen Nachbesetzungen verzögert oder Stellen abbaut, spart nicht an Strukturen – er spart an Leistungsfähigkeit“, betonte Knecht.

Auch mit Blick auf die demografische Entwicklung warnte er vor den Folgen einer weiteren Ausdünnung des Personals: Die öffentliche Daseinsvorsorge könne dauerhaft nur mit ausreichend Beschäftigten gesichert werden. Andernfalls drohten längere Bearbeitungszeiten, weniger Service und eine wachsende Belastung für die verbleibenden Mitarbeitenden.

## Deutscher Philologenverband (DPPhV)

### **Umfrage: Jede zweite Lehrkraft unsicher bei Social-Media-Herausforderungen**

**Jede zweite Lehrkraft fühlt sich bei Social-Media-Konflikten an der Schule unsicher, davon 8 Prozent sogar überfordert und hilflos – das zeigt eine bundesweite Umfrage, die der Deutsche Philologenverband (DPPhV) gemeinsam mit dem Bildungsportal Lehrer-Online im Mai/Juni 2026 unter mehr als 1000 Lehrkräften durchgeführt hat.**

68 Prozent halten das Thema für relevant oder sehr relevant für ihre tägliche Arbeit, 15 Prozent geben an, akut Unterstützung zu benötigen. Die Befragung zeigt: Die Nutzung von Social-Media und die damit verbundenen Folgen haben den Schulalltag längst durchdrungen. Die Hälfte der Lehrkräfte braucht mehr Unterstützung, 5 Prozent fühlen sich sehr sicher, sie haben klare Strategien und Hand-

lungsroutinen, und 40 Prozent fühlen sich sicher genug, um mit den meisten Konfliktsituationen in Bezug auf Social Media umgehen zu können.

Für 79 Prozent der Befragten ist suchtähnliches Nutzungsverhalten ihrer Schülerinnen und Schüler die größte Herausforderung. Bereits Anfang 2026 hatten sich 2.012 Jugendli-

che für die Trendstudie „Jugend in Deutschland 2026“ selbst eingeschätzt: 60 Prozent zeigten demnach suchtähnliches Verhalten – aus Sicht der Lehrkräfte ein noch zurückhaltend gezeichnetes Bild, wie die aktuelle Umfrage von DPhV und Lehrer-Online zeigt. Was die Umfrage auch offenbart: 70 Prozent der Befragten kämpfen regelmäßig gegen Ablenkung durch Handys im Unterricht, 63 Prozent sind mit Cybermobbing, Sexting oder Cybergrooming konfrontiert und für ebenfalls 63 Prozent sind Themen wie Hate Speech und Desinformation längst schulischer Alltag. Gleichzeitig erkennt mehr als die Hälfte (57 Prozent) der Lehrkräfte mangelnde Medienkompetenz bei den Lernenden und 22 Prozent der Befragten berichten von Herausforderungen in der Kommunikation bezüglich Social Media mit den Eltern der Schülerinnen und Schüler.

DPhV-Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing: „Lehrkräfte erleben täglich, wie Schülerinnen und Schüler in Suchtmechanismen gefangen sind, wie Mobbing über Nacht aus dem Netz in den Klassenraum wandert, wie Falschinformationen Unterrichtsgespräche vergiften. Das ist keine pädagogische Randnotiz – vielmehr braucht es eine politisch-gesamtgesellschaftliche Strategie, die z. B. auch Eltern schon in der Grundschule einbezieht und für ihr eigenes Nutzungsverhalten und somit auch das ihrer Kinder sensibilisiert.“

Besonders alarmierend ist der Befund zur Handlungssicherheit: Wenn Social-Media-Konflikte eskalieren – bei Cybermobbing, Fake News oder Cybergrooming – fühlen sich 50 Prozent der Lehrkräfte unsicher und z.T. hilflos. Lin-Klitzing: „Gerade in Krisen – wenn ein Kind gemobbt wird, wenn jugendgefährdende Inhalte kursieren oder die Kommunikation mit den Eltern eskaliert – brauchen Schulen und Lehrkräfte klare Handlungsgrundlagen und Rechtssicherheit. Wer von Lehrkräften erwartet, dass sie solche Social-Media-Krisen allein managen können, muss zu Recht enttäuscht werden.“

Damit Schulen und ihre Lehrkräfte für Schutz, Teilhabe und Befähigung von Schülerinnen und Schülern im Umgang mit Social-Media sorgen können, erwarten 68 Prozent der Befragten schuleinheitliche Regeln und Konzepte, also verbindliche, schulgemeinschaftlich getragene Rahmenregelungen. Dr. Silvie Kruse, Bereichsleiterin Lehrer-Online: „Jede Schule braucht ein Social-Media-Konzept, weil soziale

Netzwerke längst zentraler Lebensraum von Heranwachsenden sind: Jugendliche sind im Schnitt fast vier Stunden täglich online, Messenger und Social Media gehören zur Lebenswelt dazu. Viele Schulen gestalten Medienbildung bereits aktiv – doch ohne einheitliches Konzept bleibt das Stückwerk statt bundesweiter Standard.“ Zudem wünscht sich mehr als jede zweite befragte Lehrkraft (59 Prozent) fundiertes Rechtswissen zu Datenschutz, Urheberrecht und Strafbarkeit und pädagogisch-präventive Ansätze zur Vermittlung von Medienkompetenz (53 Prozent), 41 Prozent würde es konkret helfen, wenn sie mehr technisches Wissen zu Plattformen hätten (Welche werden von jungen Menschen genutzt und wie funktionieren sie?), ein knappes Drittel (29 Prozent) fordert explizit psychologische Unterstützung bei belastenden Fällen. Lin-Klitzing: „Die Schulen dürfen mit diesem gesamtgesellschaftlichen Problem nicht allein gelassen werden, doch unser Ruf nach einer schulpsychologischen Fachkraft pro Schule wird bis heute nicht konsequent umgesetzt.“

Für Fortbildungen ist das Bild ebenso klar: Lehrkräfte wollen Fortbildungen! 76 Prozent erwarten sofort umsetzbare Tipps und Materialien, 61 Prozent Fallbeispiele aus der Praxis, 55 Prozent die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und 42 Prozent schulinterne Formate, die das gesamte Kollegium einbeziehen. „Diese Zahlen sind ein klares Signal: Lehrkräfte brauchen mehr praxisnahe Werkzeuge und den kollegialen Austausch, um Herausforderungen im Umgang mit Social Media souverän zu bewältigen“, so Kruse.

Der DPhV fordert die Bildungsministerinnen und -minister deshalb auf, rechtlich abgesicherte Handlungsrahmen bereitzustellen, entsprechendes Rechtswissen und Datenschutzgrundlagen nicht nur in der Schulaufsicht und Schulleitung vorzuhalten, sondern auch in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung systematisch zu verankern, qualitätsgesicherte und praxisorientierte Fortbildungen – auch mit entsprechenden Freistellungen für Lehrkräfte – flächendeckend anzubieten und entsprechend zu finanzieren, sowie psychosoziale Beratung für Lehrkräfte und ihre Schülerinnen und Schüler in belastenden Fällen an jeder Schule sicherzustellen. „Unsere Lehrkräfte tragen täglich Verantwortung für Kinder und Jugendliche, die in einer auch digital und von Social Media geprägten Welt aufwachsen. Sie verdienen Rückendeckung, konkrete Unterstützung und politische Entscheidungen, die den realen Bedingungen im Klassenzimmer Rechnung tragen.“

Die Umfrageergebnisse zeigen ganz klar: Das Problem ist messbar, die Bedarfe liegen auf

der Hand. Jetzt ist die Politik am Zug“, bilanziert Lin-Klitzing.

## Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) **Sozialpolitik: Debatte um generationengerechten Sozialstaat**

**Mit dem Forum Sozialpolitik am 8. Juni 2026 hat die GdS ihren sozialpolitischen Dialog mit Politik, Wissenschaft und Praxis konsequent fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Frage, wie ein Sozialstaat ausgestaltet werden kann, der auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels, steigender Finanzierungslasten und wachsender Verteilungskonflikte langfristig tragfähig und zugleich gerecht bleibt.**

Ziel der Veranstaltung war es, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen und einen strukturierten Austausch über die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme zu ermöglichen – jenseits verkürzter Generationenzuschreibungen.

Im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze zeigte sich ein differenziertes Bild: Einigkeit bestand darüber, dass der Status quo langfristig nicht tragfähig ist und Reformen notwendig sind. Unterschiede lagen jedoch in der Ausgestaltung dieser Reformen: Während von einigen stärker auf finanzielle Stabilität, wirtschaft-

liches Wachstum und eine erhöhte Erwerbsbeteiligung abgestellt wurde, hoben andere die Bedeutung von Verteilungsgerechtigkeit, einer breiteren Finanzierungsbasis und effizienterer Strukturen hervor. Ergänzend wurde die Stärkung der „Resilienz“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft als zentrale Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Sozialstaats betont.

Übergreifend wurde deutlich, dass ein zukunftsfähiger Sozialstaat nur gelingen kann, wenn finanzielle Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliches Vertrauen gleichermaßen berücksichtigt werden.

## ***Namen und Nachrichten***

Im Mittelpunkt der diesjährigen Konferenz der Jobcenterpersonalräte des **dbb** standen die Sozialstaatsreform und Diversität in den Jobcentern. Die Tagung fand vom 9. bis 11. Juni 2026 in Radebeul statt. Personalratsvorsitzende aus rund 230 Jobcentern berieten dort über aktuelle Themen der Personalvertretungen und Herausforderungen für die Beschäftigten. Zum Abschluss des ersten Sitzungstages kamen 90 Personalratsvorsitzende, die unter dem Dach des dbb bei vbba, komba und GdS organisiert sind, zu einem intensiven Meinungsaustausch zusammen. Die Kolleginnen und Kollegen nutzten die Gelegenheit, aktuelle Entwicklungen in der Beamten- und Tarifpolitik zu erörtern, Erfahrungen aus der Praxis zu teilen und ihre Netzwerke weiter auszubauen. Der dbb unterstützt die Personalräte seiner Mitgliedsgewerkschaften vbba, komba und GdS seit der Einrichtung der bundesweiten Arbeitsgruppe der Jobcenterpersonalräte im Jahr 2011 kontinuierlich und engagiert. Auch auf

der diesjährigen Plenartagung waren dbb, vbba, komba und GdS mit einem gemeinsamen Informationsstand vertreten. Dort informierte auch die dbb akademie über ihre aktuellen Qualifizierungs- und Schulungsangebote für Personalratsmitglieder.

Die Landesleitung des **dbb brandenburg** war am 10. Juni 2026 zum Antrittsbesuch bei Infrastruktur-Minister Robert Crumbach. In dem Gespräch ging es im Wesentlichen um den Schienenpersonennahverkehr (SPNV). Es wurden die Themen Finanzierung, Angebot, Sauberkeit und das Thema Deutschlandticket angesprochen. Bei dem Thema Sicherheit im Zug waren sich beide Seiten einig, dass hier weiterhin einiges getan werden muss.

Die **VRFF Mediengewerkschaft** hat nach intensiven Verhandlungen mit dem WDR eine Tarifeinigung erzielt, wie sie am 10. Juni 2026

mitteilte. Die ebenfalls verhandelnden Gewerkschaften ver.di, DJV und unisono hatten nach fünf Stunden ihre parallelaufende Verhandlung nicht weitergeführt – trotz Kenntnis über die Fortsetzung der Verhandlungen zwischen WDR und VRFF. Der Abschluss zwischen VRFF und WDR sieht bei einer Laufzeit von 35 Monaten Vergütungssteigerungen von insgesamt bis zu 5,73 Prozent vor. Die vereinbarten Entgelterhöhungen umfassen: 1,23 Prozent rückwirkend zum 1. Februar 2026, 2,0 Prozent ab dem 1. Februar 2027, 1,0 Prozent ab dem 1. Februar 2028, weitere 1,0 Prozent ab dem 1. Februar 2028 vorbehaltlich der Ausarbeitung einer ARD-Entsendungsregelung sowie zusätzliche 0,5 Prozent ab dem 1. Februar 2028 für den Fall einer Erhöhung des Rundfunkbeitrags infolge des noch ausstehenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Die Vergütungen der Auszubildenden werden entsprechend

angehoben. Ein wesentlicher Verhandlungserfolg aus Sicht der VRFF ist die deutliche Reduzierung des ursprünglich an eine Beitragserhöhung gekoppelten variablen Anteils. Dieser konnte von zunächst 2,0 Prozent auf 0,5 Prozent abgesenkt werden. „Angesichts der erheblichen Sparvorgaben waren die Verhandlungen alles andere als einfach. Umso wichtiger ist, dass wir für die Beschäftigten reale Einkommenssteigerungen erreichen, trotz der bisher ausbleibenden Beitragserhöhung. Wir wollten Leermonate vermeiden und sind damit auch dem Wunsch unserer Mitglieder nachgekommen, dass die Tarifverhandlungen nicht wieder über ein Jahr dauern, sondern konstruktive und zielführende Verhandlungen stattfinden, mit dem Ergebnis einer linearen Steigerung ab Laufzeitbeginn“, erklärt Matthias Kopatz, Verhandlungsführer der VRFF WDR.

#### Termine:

12. – 14. Oktober 2026

**Betriebsräteschulung des dbb“**

Weitere Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)